

9/13

7sq 5225

Stelle

# uni-report

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt

Nr. 2 — 4. Jahrgang

Februar 1971

## Präsident: Prof. Kantzenbach

In seiner Sitzung am 20. Januar wählte der Konvent der Johann Wolfgang Goethe-Universität den Universitätspräsidenten. Nach einer öffentlichen Anhörung von fünf Kandidaten hatte der Senat zwei Bewerber vorgeschlagen: Prof. Hartwich (Berlin) und Prof. Kantzenbach (Frankfurt). Über beide Kandidaten wurde alternativ abgestimmt. Im 1. Wahlgang erhielt Prof. Kantzenbach 48 Stimmen, Prof. Hartwich erhielt 34 Stimmen. Damit hatte Kantzenbach die gesetzlich vorgeschriebene Mehrheit von 43 Stimmen um 5 Stimmen übertroffen. Bei Redaktionsschluß steht die Bestätigung der Wahl durch den Kultusminister noch aus. Da es jedoch keinen vernünftigen Zweifel daran gibt, daß der Minister sich dem Votum des Konvents anschließt, haben wir Prof. Kantzenbach gebeten, in diesem UNI-REPORT eine erste Stellungnahme zum Wahlausgang abzugeben. Auf Beschluß der Senatskommission für Pressewesen sind die im Konvent vertretenen Gruppen ebenfalls aufgefordert worden, im UNI-REPORT ihre Meinung zum Ausgang der Wahl und zu den künftig anstehenden Aufgaben darzulegen. Ferner bringen wir eine Erklärung des scheidenden Übergangsrektors, Prof. Denninger.

### Stellungnahme des neuen Präsidenten

Ablauf und Ergebnis der Konventswahlen zeigen, wie sehr sich das hochschulpolitische Klima in Frankfurt während des letzten Jahres gewandelt hat. Es wurde eine Periode beendet, in der das höchste Organ der Universität nicht zusammentreten konnte, weil über seine Besetzung keine Einigung zwischen den Gruppen zu erzielen war, und in der die Rektoren durch den Kultusminister eingesetzt werden mußten. Der neue Konvent spiegelt die unterschiedlichsten hochschulpolitischen Auffassungen der Mitglieder unserer Universität wider. Er enthält keine Fraktion, deren erklärtes Ziel es wäre, die Arbeit der neuen Universitätsorgane zu boykottieren oder zu behindern. Wie zu erwarten, führte die Wahl des Präsidenten zu einer Polarisierung der Meinungen. Daß die Diskussionen trotzdem sachlich blieben und die Wahl diszipliniert verlief, kann als eine erste Bewährungsprobe des Konvents angesehen werden.

(Fortsetzung Seite 2)





# Stellungnahmen zur Wahl

## Demokratische Hochschulreform

Der Hauptsieger in der Präsidentenwahl ist die Angst: Angst, daß ein links-liberaler Präsident Hartwich zu schnell und zu gründlich folgenreiche Reformen mit in die Wege leiten werde; Angst, daß eine quer durch alle Gruppen sich bildende „linke“ Reformfraktion hochschul- und wissenschaftspolitischer Hebel werden könne für die Umsetzung mittelfristiger Zielorientierungen in Planungs- und Reformprozesse mit rational entscheidbaren Programmalternativen unter kontrollierbarer und korrigierbarer Mitwirkung aller Betroffenen; Angst, daß von plausiblen Reforminhalten her abgeleitete neue Formen der Entscheidung über Prioritäten und Präferenzen eben jene alten Formen zerbrechen würden, die auf tradierte, aber nicht mehr legitimierbare Inhalte von Privilegien, Irrationalismus und Intransparenz zugeschnitten waren. Entsprechende Folgen dieser Angst: Man nimmt in Kauf, daß der neue Präsident für vordringliche Aufgaben wie die der Integration der Lehrerbildung eingeständenermaßen keine Konzeption hat. Entsprechende Kehrseite solcher Angst: Hoffnung, daß ein Präsident Kantzenbach — eine durch und durch reaktionäre Alternative zu ihm konnte man der Frankfurter Universität nicht offen zumuten — objektiv gezwungen bleibe, den Veränderungsprozeß zu verlangsamen (hier wird die alte Einstellung zu einem erträglich starken/schwachen Einjahresrektor galvanisiert); Hoffnung, daß ein Präsident Kantzenbach als Alleingänger zum Spielball des Laisser-faire-Pluralismus werde; Hoffnung, daß ein Präsident Kantzenbach als Reformier

glauwürdig sei, aber für Reformen nicht agieren, sondern auf Reformen nur reagieren können werde.

Diese Ängste sind in unterschiedlichen Gruppen unterschiedlich besetzt.

Wenn es stimmt, daß Hochschulen heute der Ort sind, an dem eine Gesellschaft über ihre eigene „Vernünftigkeit“ folgenreich nachdenkt, und Wissenschaft die Art und Weise kennzeichnet, in der dies geschieht, dann braucht eine Universität — gerade wenn sie wie Frankfurt repräsentativ-exemplarisch für Großstadtuniversitäten steht — handlungsfähige, planungsfähige, konzeptionsfähige und organisationsfähige, hochschul- wie wissenschaftspolitisch orientierungsfähige Koalitionen quer durch die Gruppen, Stände und Klassen. Sie müssen gewährleisten, daß nicht ständig und unentnbar Stillstand und Abbruch von substanziellen Reformen irrationale Politisierungsdruckwellen provozieren und umgekehrt.

Wer die — nicht rosigen — Aussichten von Hochschulreform heute nicht als partielle, folgenreiche, antizipierte Gesellschaftsreform begreift, kann oder will oder darf nichts begreifen.

Die Präsidentenwahl in Frankfurt — das hat wenig mit der Person Kantzenbach zu tun — hat die Chancen einer sich der sozialen Demokratisierung unserer Gesellschaft verpflichtenden Hochschulreform empfindlich gelähmt. Da wir Opposition als kritische Kontrolle begreifen und nicht mit Boykott verwechseln, wird die Herrn Kantzenbach tragende Wählermehrheit Programme und Strategien präsentieren müssen, die sie für die Hochschulreform legitimieren.

Fortsetzung von Seite 1

In dieser Situation muß es das oberste Ziel des Präsidenten sein, die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit zwischen den Gruppen und Fraktionen zu erhalten. Dies wird sich nur erreichen lassen, wenn die bei der Wahl aufgetretene Polarisierung sich nicht verfestigt. Nur wenn die hochschulpolitischen Einzelentscheidungen in einem Prozeß wechselnder Mehrheiten getroffen werden und sich nicht einseitig gegen einzelne Gruppen richten, läßt sich das Interesse aller an der gemeinsamen Aufgabe erhalten. Dieses ist aber erforderlich, wenn sich die Hochschulreform nicht in Beschlüssen und Deklamationen erschöpfen soll. Vom Präsidenten erfordert eine solche Politik den Verzicht auf eine feste Bindung an einzelne Gruppen oder Fraktionen. Er muß sich bemühen, für alle vertrauenswürdig zu bleiben. Diese Aufgabe wird unnötig erschwert, wenn ihm schon vor dem Amtsantritt Abhängigkeit und Befangenheit unterstellt werden.

Es kann nicht Aufgabe des Präsidenten sein, der Universität vorgefaßte

Reformpläne aufzuzwingen. Eine Reformkonzeption, die alle Fachbereiche umfaßt, läßt sich nur gemeinsam in den zentralen und den fachbezogenen Entscheidungsorganen erarbeiten. Als Präsident werde ich mich an diesem Meinungsbildungsprozeß beteiligen und fördern. Selbstverständlich leugne ich nicht, daß hauptamtliche Fachleute die Beschlüsse der Entscheidungsorgane gründlich vorbereiten müssen. Für die Niederursel-Planung hat die „Gruppe 27“ ausdrücklich eine stärkere „Professionalisierung“ gefordert. Wogegen ich mich wende, ist, daß einzelne hochschulpolitische Fraktionen versuchen, durch die Delegation von politischen „Beratern“ auf die Entscheidungen des Präsidenten Einfluß zu nehmen.

Zum Abbau der Spannungen zwischen den Gruppen hat die Verabschiedung des Hessischen Hochschulgesetzes und des Hessischen Universitätsgesetzes wesentlich beigetragen. Der Streit um die Verfassung der Universität, der alle inhaltlichen Reformen blockierte, wurde damit beendet. Die Gesetze stellen Kompromisse dar zwischen den sich widersprechenden Forderungen der Gruppen, Meines Er-

## Liberaler Hochschulreform

Alle Mitglieder der Universität können über den Verlauf dieses Semesters Genugtuung empfinden: Als erste hessische Universität wählte Frankfurt ohne Zwischenfall und ohne Anfechtung einen Konvent, einen Monat später den Präsidenten aufgrund überwiegend einstimmig verabschiedeter Wahlregeln. Ohne den Einsatz zahlreicher Helfer, ohne das Engagement des Übergangsrektors und nicht zuletzt ohne die grundsätzliche Kooperation und das Integrationsvermögen der studentischen Mehrheitsfraktion wäre dies kaum gelungen. Letzteres anzuerkennen, ist auch für den hochschulpolitischen Gegner selbstverständlich.

Bei der Konventswahl verfehlten die Studenten um 2,5% das vorgeschriebene Quorum. Ihre Enttäuschung ist zu verstehen. Die Reaktion zeigt jedoch eine bedenkliche Labilität der reformierten Universität: Einmalig enttäuschte Erwartungen einer Gruppe (in Darmstadt betrug die Wahlbeteiligung 75%) wecken in einem milden Rektor verfassungsrechtliche Skrupel, veranlassen den Konvent zu einem lautstarken pauschalen Verdikt: das Quorum sei undemokratisch. Jahrelange Herrschaft von Minderheiten in Gruppen, jahrelanger Streit um ausreichende Legitimierung sind vergessen. Daß sich die Professoren in hohem Maße politisch verhielten (indem sie nämlich wählten, obwohl sie vermutlich in vielen Fällen gegen Gesetz, Wahlverfahren und Kandidaten erhebliche Bedenken hegten), sollte auch

achtens können und sollten sie von allen als Grundlage der weiteren Universitätsreform akzeptiert werden. Ich sehe jedenfalls nicht, wie man es in der gegenwärtigen Situation rechtfertigen könnte, den neu zu schaffenden Universitätsorganen eine Bewährungschance zu versagen.

Die nächsten Schritte sind durch das Universitätsgesetz vorgegeben. Nach den zentralen Organen sind die Fachbereichsorgane zu bilden. Da die Mehrzahl der akuten Hochschulprobleme fachspezifischer Art sind, werden die Fachbereichsorgane die Hauptlast der Reformarbeit zu tragen haben. Hervorzuheben sind die Reform der Studiengänge und der Institutsstrukturen. Auch die zentralen Organe sind nur arbeitsfähig, wenn sie jederzeit fachkundige und engagierte Gesprächspartner an der Basis finden.

Mit der Wahl des Konvents und des Präsidenten ist erst ein Anfang zur Reform unserer Universität gemacht. Die meisten Universitätsorgane sind noch zu besetzen. Ich bitte alle Angehörigen der Universität, sich dafür zur Verfügung zu stellen und aktiv an der Reform mitzuarbeiten.



ihre Gegner freuen. Wir jedenfalls bedanken uns für dieses Votum.

Die Präsidentschaftswahl selbst wurde zur hochschulpolitischen, nicht zur gruppenegoistischen Entscheidung — auch dies ein klarer Fortschritt zu den uns gestellten Sachproblemen. Der „Gruppenbezug“ nahm freilich im Wahlkampf wenigstens verbal großen Raum ein. Einmal von den Gegnern Kantzenbachs ins Spiel gebracht, mußte sich Hartwich mit gleicher Elle messen lassen, zumal sein an Leerformeln reiches Konzept erheblich größere Abhängigkeit ahnen ließ. Daß Kantzenbach zu 75% von anderen als unserer Fraktion gewählt wurde, verpflichtet ihn wie uns. Im übrigen sollte man sich von zuweilen simplifizierenden soziologischen Schemata frei machen und einem pragmatischen Liberalen die Freiheit des Urteils und des Handelns zugestehen. Kantzenbach ist nicht der Exponent finsterner Reaktionen (wie unterbeschäftigte Flugblattpresse glauben machen will), sondern seine

Kandidatur demonstriert die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum Kompromiß von zur Reformentschlossenen Professoren, die aus der Vergangenheit gelernt haben — was ihre Gegner zu lernen bereit sein sollten. Kantzenbach ist nicht der konzeptionslose Rektor auf Dauer (wie ihn seine Gegner zu sehen vorgeben), sondern Realist, indem er über Selbstverständlichkeiten hinausgehende Planung ohne vollständige, durch die Fachbereiche zu leistende Sachinformation für nutzlos hält, und Demokrat, indem er den vom Gesetz vorgesehenen Einrichtungen, in denen alle Gruppen vertreten sind, im Reformprozeß die entscheidende Rolle zuweist. Kantzenbach zu bekämpfen, ist jedermanns Recht; auch seine Wähler werden kaum stets mit ihm übereinstimmen können. Wer ihn jedoch grundsätzlich, abstrakt, wegen irgendwelcher „Loyalitäten“ usw. bekämpft, läuft Gefahr, sich selbst von der angebotenen Mitarbeit auszuschließen.

## Aktion Neue Hochschule

Die ANH begrüßt die Wahl Professor Kantzenbachs zum Präsidenten der Universität Frankfurt am Main.

Die ANH glaubt, daß mit Professor Kantzenbach ein unabhängiger, ideologisch nicht fixierter Vertreter liberaler Gesinnung gewonnen wurde, der bereit und in der Lage ist, zwischen den verschiedenen politischen Richtungen zu vermitteln und Reformen nach differenzierten Analysen und sachlichen Erfordernissen unvoreingenommen und tatkräftig voranzutreiben, um die Universität aus ihrem gegenwärtigen desolaten Zustand herauszuführen.

Es ist deshalb zu bedauern, daß die studentischen Gruppen SHB und Spartakus schon in den ersten Konventssitzungen dem neuen Präsidenten den Kampf ansagten, obwohl sachliche Angriffspunkte noch gar nicht zu erkennen waren.

Die ANH hofft, daß die studentischen Vertreter ihren Vorsatz, die Mitarbeit zu verweigern, revidieren, dem neuen Präsidenten eine faire Chance geben und die in den ständigen Ausschüssen zu erarbeitenden Reformpläne nicht blockieren, sondern in sachlicher Auseinandersetzung fördern werden.

## Nichthabilitierte im Konvent

Die NIK hat sich bei der Präsidentschaftswahl mehrheitlich für den Kandidaten Kantzenbach entschieden. Zwei Mitglieder der Fraktion haben sich der Stimme enthalten.

In dieser Entscheidung kommt die objektive Zwiespältigkeit der vor der Wahl herrschenden Situation zum Ausdruck. Beide Kandidaten haben viele Fragen offengelassen. Keiner hat voll unseren Vorstellungen und Erwartungen entsprochen. Die Mehrheit der Fraktion hat schließlich für jenen gestimmt, der ihr unter diesen Umständen noch am ehesten zur Zusammenarbeit geeignet schien.

Die NIK ist bei ihrer Wahlentscheidung ausgegangen von den Forderungen ihres Programms, das sie im Wahlkampf für den Konvent vertreten hat. Sie erklärt sich zur Kooperation mit Kantzenbach unter der Voraussetzung bereit, daß der Präsident die wesentlichen Grundsätze dieses Programms respektiert.

1. Der Präsident muß sich bemühen, eine Politik der liberalen Mitte zu betreiben und auf dieser Basis eine Konventsmehrheit zu bilden. Dies bedeutet in der gegenwärtigen Situation: klare Distanzierung zur reaktionären Hochschullehrerschaft, insbesondere Abwehr aller Versuche, das Hessische Universitätsgesetz von rechts zu novellieren. Eine Profilierung nach links allein genügt nicht.

2. Der Präsident muß eine systematische Diskussion über die wichtigste Frage der Universitätsreform, über die Reform der Lehr- und Studiengänge, eröffnen. Das dialektische Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft muß endlich institutionalisiert werden. Hiervon ist insbesondere die Integration der Fachdidaktiken der bisherigen AfE in die übrige Universität betroffen. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den Stän-

digen Ausschüssen und vor allem mit den Fachbereichen.

3. Der Präsident muß alles in seiner Macht Stehende tun, um eine in diesem Sinne funktionsgerechte Personalstruktur durchzusetzen.

4. Der Präsident hat dafür zu sorgen, daß zwischen ihm und den an der Universitätsreform beteiligten Gruppen permanente Kommunikation und Information stattfinden.

## Sozialdemokratischer Hochschulbund

Mit der Wahl Kantzenbachs zum Präsidenten hat der Kandidat gesiegt, der sich auf die konservativen Fraktionen aller Gruppen stützt. Ein Liberaler oder „Linksliberaler“ wird für 8 Jahre Präsident der Frankfurter Universität sein. Professor Krupp machte es bei der Personaldebatte noch einmal klar: Kantzenbach ist ein Präsidentschaftskandidat, der links von der Mehrheit seiner Wähler steht. Und dies stimmt subjektiv für die Person Kantzenbachs auch.

Kantzenbach wird vom Kultusminister ohne jede Bedenken ernannt werden, das ist klar; denn Kantzenbach bietet dem Kultusminister in doppelter Hinsicht Gewähr für seine Politik: einmal wird er keinen Widerstand gegen die „Reformpolitik“ Friedeburgs leisten wie etwa Rüegg, zum anderen wird er keine grundlegenden Reformen durchsetzen wollen, die zu schwerwiegenden Konflikten in der SPD-FDP-Koalition oder zwischen Regierung und Opposition führen. Schwarz-Schilling, der CDU-Sprecher, hat ihm jedenfalls seine Unterstützung zugesagt — auf einmal ist auch die CDU, die noch vor einigen Wochen das Universitätsgesetz massiv bekämpfte, die von der „sozialistischen Formierung“ der hessischen Universitäten sprach, genauso wie Kantzenbach und die Gruppe Liberale Hochschulreform dafür, daß man erst einmal abwarten muß, ob sich dieses Gesetz bewährt (was unter „Bewähren“ zu verstehen

ist, werden Kantzenbach und die CDU schon noch verdeutlichen). Liberale pragmatische Reformpolitik will Kantzenbach als Präsident machen und dies ist auch glaubwürdig, denn liberale und pragmatische Reformpolitik ist hier das Synonym für eine Politik des Status quo, die gegen Bund, Freiheit der Wissenschaft und Rote Zellen gleichzeitig ist. Es ist die Politik eines Präsidenten, der garantiert, daß sich an dieser Universität nichts ändern wird.

Kantzenbachs linksliberale Politik wird die Politik gegen die linksliberalen und sozialistischen Gruppen sein müssen. Hinter ihm steht die geschlossene Gruppe der Ordinarien, für die ein Präsident Hartwich zumindest die Gefahr des Verlustes der privilegierten Einflußchancen bedeutet hätte. Die Ordinarienstimmen der Öelschläger, Martienssen, Lüderitz und Co. gegenüber drei Stimmen der Gruppe um Professor Wiethöller macht die Alternativen klar. Die überwiegende Mehrheit der Ordinarien, die im letzten Jahr jede demokratische Universitätsplanung boykottiert haben, wird zeigen, was unter einer Politik der „Bewahrung des Hessischen Universitätsgesetzes“ zu verstehen ist.

Auch die Nichtordinarien haben sich eindeutig für Kantzenbach entschieden. Daß eine eigene ständische Gruppe der Nichtordinarien kandidiert hat, ist schon absurd. Sie illustriert, was man darunter zu verstehen hat, daß es



keinen vorgegebenen Gegensatz zwischen Lehrenden und Lernenden gäbe. Vor seiner Wahl hat Kantzenbach ein Papier unterschrieben, in dem er sich verpflichtet, für eine Besserstellung und größere Mitbestimmung der Nichtwissenschaftlichen Bediensteten einzutreten. Unabhängig von der Berechtigung dieser Forderungen, wer würde sich nicht dafür erklären, zumal er dadurch Präsident werden könnte.

Allerdings macht gerade die Mehrheitsentscheidung der Nichtwissenschaftlichen Angestellten, die in bezug auf Mitbestimmung und materielle Sachlage zu den unterprivilegierten Gruppen gehören, deutlich, daß es der Linken in dieser Gruppe bisher nicht gelungen ist, die Alternativen zur jetzigen Universitätspolitik klarzumachen.

Übrig blieben die Assistenten, bei denen sich zusammen mit der verschwindenden Minorität der Studentenvertreter nur eine geringe Anzahl für Kantzenbach entschied.

Für die ADS/RCDS-Vertreter, deren Stimmen Kantzenbach unter anderem die Mehrheit einbrachte, bedeutet der neue Präsident das kleinere Übel.

Der Präsident Kantzenbach und das ihn schweigend unterstützende ADS symbolisieren wohl am ehesten, wer sich bei dieser Wahl durchgesetzt hat: die ebenso schweigenden, deswegen jedoch nicht konzeptionslosen Vertreter konservativer Ordinarienpolitik. Von der Universitätsspitze wird in den nächsten Jahren keine Politik à la Rüegg und Bund Freiheit der Wissenschaft betrieben, genausowenig allerdings auch eine konsequente Reformpolitik. Kantzenbach garantiert die Politik des Status quo, garantiert, daß geringfügige Reformintentionen der hessischen Universitätsgesetzgebung leere Paragraphen bleiben werden.

## Ring Christlich-Demokratischer Studenten

I. Zur Personalentscheidung des RCDS/KU:

Kantzenbach war unter den beiden zur Wahl gestellten Sozialdemokraten das kleinere Übel.

II. Perspektiven künftiger Arbeit:

1. Kantzenbachs Äußerung im Hearing, daß die Universitäten nicht dem „kapitalistischen“ System nutzbar gemacht werden sollen, wird er zu legitimieren haben.

2. Die Politik des Präsidenten muß den Beweis seiner Thesen erbringen, daß das HUG keiner Revision bedarf und daß das Gesetz eine echte Chance zur Reform bietet.

Der RCDS wiederholt zu diesem Punkt seine Auffassung, daß das HUG den Willen der Landesregierung offenbart hat, die Universitäten von fachgerechten Entscheidungen wegzuführen und unter dem Deckmantel der sog. „Demokratisierung“ zum Spielball politischer Gruppeninteressen zu machen. Der RCDS wiederholt auch seine Kritik an dem § 6 II HUG, der eine rechtliche Verpflichtung zur Denunziation in Fragen der Forschung eingeführt hat, die sich dazu noch auf Gegenstände außerhalb der Universität bezieht.

3. Der nach eigenem Anspruch linksliberale Präsident wird bei seiner angestrebten Politik des Ausgleichs im Sinne eines laissez-faire-Pluralismus damit zu rechnen haben, daß ein Ausgleich zwischen sozialistischen und konservativ-reformistischen Kräften weder in der Gesell-

schaft noch an der Hochschule möglich ist.

4. Der RCDS ist grundsätzlich zur Zusammenarbeit mit dem Präsidenten und zur Mitarbeit in den Institutionen bereit, legt aber folgende Kriterien zugrunde:

a) Bildungsziel der Hochschule ist, den einzelnen zu befähigen, mit kritischem Urteil und bereit zu verantwortungsvoller Leistung seine Persönlichkeit zu entfalten und zu behaupten.

b) Hochschule und Gesellschaft stehen in wechselseitiger dienender Beziehung.

c) Die Hochschule wird durch eine leistungsgerechte Ordnung und durch funktionsgerechte Demokratisierung strukturiert.

## Aktionskomitee Demokratischer Studenten

Das Aktionskomitee Demokratischer Studenten beurteilt die Chancen für die Realisierung von Reformen an der Frankfurter Universität nach der Wahl von Prof. Kantzenbach zum Präsident der Universität günstig. Das ADS ist zu einer Mitarbeit mit dem neuen Präsidenten insoweit bereit, als er bereit ist, die in HHG und HUG enthaltenen Reformchancen voll auszuschöpfen. Dieselbe Mitarbeit hatte das ADS auch für den Fall einer Wahl von Prof. Hartwich angekündigt.

Für die Bewältigung der Reformaufgaben sieht das ADS drei Gefahren:

1. Technokratische „Reformen“ durch einen Planerstab des Präsidenten
2. Blockieren von Reformen durch konservative Professoren
3. Sozialistische „Reformen“ mit dem Ziel der Ideologisierung und Politisierung der Universität

Die erste Gefahr dürfte nach den Aussagen von Kantzenbach im Wahl-Hearing, in der er sich für eine entsprechende sachliche und personelle Ausstattung der Ständigen Ausschüsse — und nicht ein Planungsstab beim Präsidenten — ausgesprochen hatte, gegenstandslos sein.

Die zweite Gefahr ist angesichts der Unterstützung der Kandidatur Kantzenbachs durch konservative Kreise durchaus gegeben. Sei verliert aber an Gewicht, berücksichtigt man die Stimmverhältnisse im Konvent. Zudem ist die Stellung des Präsidenten nach dem HUG stark genug, um möglichen Pressionen widerstehen zu können. In einer realistischen Einschätzung der Lage muß der Präsident sehen, daß



**Einzeln und geheim gaben die Mitglieder des Konvents, nachdem sie vom Konventsvorstand namentlich aufgerufen worden waren, ihre Stimme bei der Präsidentenwahl ab. Unser Bild zeigt den späteren Präsidenten, Prof. Kantzenbach, bei der Stimmabgabe.** Foto: Bopp



allein ein Stützen auf liberale und linksliberale Kräfte im Konvent eine Basis für Reformpolitik darstellen kann.

Die dritte Gefahr besteht grundsätzlich unvermindert fort, obwohl diese Richtung auf gesamtuniversitärer Ebene eine Minderheit darstellt. In diesem Zusammenhang verurteilt das ADS die Pressionsversuche seitens eines Teils der Studentenschaft (SHB und Spartakus), bereits vor der Wahl des Präsidenten durch die Ankündigung des „bedingungslosen Widerstandes“ gegen Kantzenbach den Konvent unter Druck setzen zu wollen. Das Demokratieverständnis dieser Gruppen gerät durch derartige Ankündigungen ins Zwicklicht. Nach Ansicht des ADS sollten vielmehr die po-

litischen Fragen im Konvent politisch gelöst werden. Daß dies auch gegen die Mehrheit der Hochschullehrer möglich ist, zeigte auch die Abstimmung über den von SHB und ADS gemeinsam formulierten Quorumsantrag in der letzten Konventssitzung.

Die Reformarbeit wird in Zukunft hauptsächlich auf gesamtuniversitärer Ebene in den Ausschüssen geleistet werden. Das ADS ist zu einer aktiven Arbeit für studentische Interessen in diesen Ausschüssen bereit.

Zum anderen aber liegt die Durchführung der Studienreform in erster Linie bei den Fachbereichen. Aus diesem Grunde wird das ADS seine Aktivitäten auf dieser Ebene verstärken und in verschiedenen Fachbereichen Reformarbeitskreise ins Leben rufen.

## Fortschrittliche Aktion

Die politische Aktivität an unserer Universität in den vergangenen 3 Monaten hat nicht zuletzt zum tieferen Verständnis für die Gruppe der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter an der Hochschule beigetragen, und zwar sowohl zum Selbstverständnis der Mitarbeiter als auch zu einer zeitgemäßen Anschauung von seiten der anderen Gruppen.

Die Gruppe der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter weicht in vielen Aspekten von denen der Akademiker ab. Obwohl zahlenmäßig nach den Studenten an zweiter Stelle liegend, ist ihre Bedeutung für die Universität größer, wenn man bedenkt, daß die Mitarbeiter werktäglich 9, 10 oder mehr Stunden an der Universität verbringen und von Semesterferien nur durch etwas ruhigere Arbeitsbedingungen profitieren. In ihrer Zusammensetzung ist die Gruppe der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter äußerst heterogen. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Lehrlinge und altgediente Meister, Deutsche, Griechen und Koreaner bilden eine Gruppe von fast viertausend Personen, eine Gruppe, welcher der Kanzler und die Putzfrau gleichermaßen angehören.

Die beachtlich hohe Wahlbeteiligung von 61,5 Prozent bei den Konventswahlen erfährt unter diesen Gesichtspunkten ein erhöhtes Gewicht. Das Engagement der Mitarbeiter erschöpft sich aber keinesfalls in einer Beteiligung zur Konventswahl oder in Mitarbeit in den Gremien. Die tägliche Arbeit vieler ist Manifest einer Einstellung zur Universität. Die bekanntermaßen konkurrenzlosen Gehälter und Löhne im öffentlichen Dienst lassen nur zwei Alternativen offen: entweder sind sie träge und bauen auf einen ruhigen Job, oder aber sie identifizieren sich mit ihrer Arbeit für die Universität. Angesichts der ständigen Unterbesetzung der Stellen kann von ersterem keine Rede sein. Wenn im Universitätssekretariat das Einschreiben trotz Buttersäurebomben fortgesetzt wird, läßt sich dies kaum mit subalternen Dienstauffassung erklären.

Wohlverstanden, hier soll keine pathetische Arbeitsideologie aufgebaut

werden. Aber es ist nachgerade Zeit, die Bedeutung der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter für einen modernen Hochschulbetrieb ins rechte Licht zu rücken. Wenn Humboldts Universität unzeitgemäß erscheinen muß, so ist sie dies auch in der Meinung, eine Hochschule sei mit Hausmeister, Adlatus und Glasbläser wohlversorgt. Keine Klinik funktioniert ohne die intensive Mitarbeit unserer Kollegen, keine Lehrveranstaltung entbehrt der Unterstützung aus unserer Gruppe. Die Kontinuität einer sinnvollen Dekanatsarbeit hängt weitgehendst vom Einsatz der Dekanatssekretärin ab. Daran wird auch die Neugliederung in Fachbereiche wenig ändern. Diese Mitarbeit, die von vielen schon Jahrzehnte geleistet wird, ist stets Arbeit für andere, für Studenten, für Assistenten, für Professoren. Sie unterscheidet sich darin grundsätzlich von der akademischen Tätigkeit, die ständig auf das persönliche wissenschaftliche Fortkommen zielen muß.

Es geht uns nicht darum, Standesgräben auszuheben. Es geht uns darum, Verständnis zu wecken für unser Engagement um diese Hochschule. Angesichts der neuen Hochschulgesetze erscheint dies nur zu notwendig. Schon die Negativbezeichnung „nichtwissenschaftlich“ oder, wie es an anderer Stelle heißt, „Sonstige“ lassen eine geistige Haltung ahnen. Dies drückt sich sehr real in der zahlenmäßigen Beteiligung in den „demokratisch besetzten Gremien“ aus. In einer Novellierung der Gesetze muß die Beteiligung unserer Gruppe den anderen gleichgestellt werden. Dem Argument, dies gehe, vor allem nach Inkrafttreten der neuen Personalstruktur, zu Lasten der anderen Gruppen, begegnen wir mit der Feststellung, daß wir auch nicht mit drei Gruppen auftreten. Eine Analogie würde zu einer Gruppe der Beamten, einer der Angestellten und einer weiteren der Arbeiter führen. Dabei wäre eine solche Aufteilung von den Aufgaben und vom Gehalt her weit verständlicher, als z. B. die Unterscheidung zwischen H2- und H4-Professoren.

Wenn wir trotzdem versuchen, die weitgestreuten Interessen und Anlie-

gen der gesamten Gruppe zu vertreten, dann vertrauen wir auf das Verständnis der anderen Gruppen.

Der zukünftige Präsident unserer Universität befürwortet bis zur gesetzlichen Regelung eine Beteiligung unserer Gruppe an allen Ausschüssen und im Senat auf der Basis nichtstimmberechtigter Mitglieder. Wir rufen die Mitglieder aller Gruppen zur Unterstützung unserer Anliegen auf. Dies gilt auch für erweiterte Bildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten im beruflichen und persönlichen Bereich der Mitarbeiter.

Die Arbeit der vergangenen Jahre und unsere Verbundenheit mit dieser Universität garantieren unser Interesse an der Fortentwicklung der Hochschule, einer Entwicklung, die evolutionär auf der vorhandenen Substanz aufbauen sollte. Wir bieten, auch in gesellschaftspolitischen Fragen, unsere volle Mitarbeit an und werden mit allen Personen und Gruppen zusammenarbeiten, deren Intention mit der unsrigen übereinstimmt: eine Hochschule zu errichten, die den Anforderungen der kommenden Jahrzehnte gerecht wird.

## Alternativliste des Universitätsklinikums

Herr Professor Dr. Kantzenbach wurde am 20. 1. 1971 vom Konvent der Frankfurter Universität zum Präsidenten auf 8 Jahre gewählt. Der Professor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erhielt von den 84 Konventsmitgliedern 48 Stimmen.

Sein Gegenkandidat, Herr Professor Dr. Hans Hermann Hartwich, erhielt 34 Stimmen, 2 Wähler haben sich der Stimme enthalten. Professor Dr. Hartwich ist ebenfalls Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, zur Zeit hauptamtlicher Politologe und Geschäftsführender Direktor des Otto-Suhr-Instituts in Berlin.

Als Vertreter der Alternativliste war und bin ich bestrebt, mit interessierten Kollegen und Kolleginnen ein fortschrittliches Programm auszuarbeiten. Meiner Meinung nach kommt nur ein progressives Programm in Frage, den gleichen Kurs vertrete ich auch im Konvent. So verstand ich meine 1. Hauptaufgabe in der Präsidentenauswahl. Weil ich eine alternative und fortschrittliche Hochschulpolitik befürworte, mußte ich mich für den Berliner Professor Hartwich entscheiden, denn er hatte ein konstruktives Programm zur Erneuerung der Universität uns allen angeboten.

Trotzdem haben die nichtwissenschaftlichen Konventsmitglieder in Mehrheit für Herrn Prof. Dr. Kantzenbach gestimmt. Ob diese Entscheidung richtig gewesen ist, wird die Zukunft, schon in den zwei Jahren der ersten Konventsperiode, beweisen.

(Fortsetzung Seite 6)



Der Konvent ist für uns ein Weg der freiheitlichen Selbstbestimmung. Zugleich ist die Mitarbeit der nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter in der universitären Selbstverwaltung eine Anerkennung der bisher geleisteten Arbeit. Durch eine sinnvolle Demokratisierung der Hochschule und der Universitätsbereiche wollen wir zu Mitarbeitern werden, die sich durch ihre Fähigkeit zu denken, zu beurteilen, zu verantworten am Arbeitsplatz und über diesen hinaus engagieren. Wir wollen nicht mehr autoritär regiert und verwaltet werden, sondern mitberaten, mitbestimmen, mitverantworten.

Es muß uns allen klar sein: Wahre Freiheit ist dann die Bereitschaft zur Verantwortung, zum Dienst, zur Übernahme von Pflichten, auch zu gewissen Opfern, die unseren Egoismus einschränken.

Seither sind uns diese Sinnerfüllungen versperrt worden. Eben weil diese Wege versperrt werden, kommt es je nach Charakteranlage zur Resignation, Selbstmord oder zur Explosion — dann wird randaliert und wild um sich geschlagen. Diese Möglichkeiten sehen wir ja heute mit erschütternder Deutlichkeit hauptsächlich an unserer Jugend.

Deshalb — wenn man sich ernstlich mit der Hochschulpolitik beschäftigen will, muß man die Notwendigkeit der Reform der Lehrerbildung einsehen; hier handelt es sich um einen gesellschaftspolitischen Schwerpunkt. Innerhalb und außerhalb der Hochschulen besteht für uns alle eine Verpflichtung zur Überwindung grundsätzlicher Schwächen des gesellschaftlichen und politischen Systems in der Bundesrepublik.

Der Aufbau unseres Klinikums muß bei alledem forciert werden, aber selbstverständlich müssen wir auch intensiv für die Planungen der Universität und das Projekt Niederursel eintreten.

Hier wird es auf die noch zu wählenden Fachbereichsausschüsse ankommen, die sich mit der Entwicklungsplanung zu befassen haben.

Ob wir nun Mitarbeiter des Klinikums sind oder zu anderen Fachbereichen innerhalb der Goethe-Universität gehören, müssen wir uns fähig und aufgerufen fühlen, Mitgestalter an gemeinsamen Bildungsaufgaben zu werden, wobei gerade die berufliche Weiterbildung im Gesundheitswesen von immer größerer Bedeutung sein wird. Man sollte uns nichtwissenschaftliche Mitarbeiter auch im Interesse der Wissenschaftler, die auf uns angewiesen sind, gezielt unterstützen. Als Gruppe wollen wir weder egoistisch noch machtbesessen begriffen werden, sondern unserem wahren, höheren Ich und seinen eigentlichen Sehnsüchten entsprechen.

Vor allem wollen wir doch alle das Gedeihen einer echten freiheitlich-demokratischen Gesellschaft fördern.

# Frankfurt: 40 % des hessischen Stellenzuwachses

Der im Doppelhaushalt 1971/72 vorgesehene Stellenzuwachs für die Universitäten ist an Hand eines aus der Relation zwischen Lehrenden und Lernenden errechneten Verteilungsschlüssels auf die einzelnen hessischen Universitäten verteilt worden. Nach diesem Maßstab hat Frankfurt weitaus am besten abgeschnitten. In Darmstadt kommen 7,6 Studenten auf eine Lehrkraft, in Gießen 8,4, in Marburg 11,4, in Frankfurt aber 14,0. In den einzelnen Fächern sieht dies so aus:

## Studienbedingungen Universität Frankfurt

(Ohne Medizin, AfE und Randfächer phil. und nat.)

Fach	Studentenzahl WS 1969/70	Stellen wissenschaftl. Dienst	Relation Studenten/Lehrpersonen	Richtwert (des Wis.-Rates)	Nachholbedarf an Stellen
Jura	1953	66	29,6	17,9	43
Wirtschaftswissenschaften	2473	126	19,6	16,4	25
Politologie	276	9	30,9	(12,1)	14
Soziologie	721	28	25,8	(12,1)	32
Psychologie	348	17	20,5	(12,1)	12
Germanistik	803	43	18,7	12,1	23
Anglistik	609	29	21,0	12,1	22
Romanistik	240	20	12,0	12,1	—
Geschichte	246	28	8,8	12,1	—
Mathematik	496	43	11,5	8,2	17
Physik	438	89	4,9	8,7	—
Chemie	397	93	4,2	(5,0)	—
Biologie	350	57	6,1	(5,0)	13
Geographie	133	13	10,2	(6)	9
Pharmazie	277	35	7,9	(10,0)	—
	9760	696	14,0		210

Im Vergleich mit den übrigen Universitäten ergibt sich folgende Stellenverteilung (als Sockel wurden je Universität 40 Stellen für den Ausbau der Verwaltung nach Maßgabe des HUG sowie insgesamt 100 Stellen für die AfE in Gießen und Frankfurt vorgesehen):

Verteilung der Stellen	Differenz					
	Darmstadt	Frankfurt	Gießen	Marburg		
Stellen insgesamt				1230		
Aufbau Gesamthochschule Kassel				120		
				1110		
Folgestellen HUG	40	40	40	40	160	950
Nachholbedarf AfE	—	55	45	—	100	850
Angleichung Studienbedingungen	139	210	50	125	524	326
Erhöhung Studentenzahl <sup>1)</sup>	81	170	75	—	326	—
	260	475	210	165		

<sup>1)</sup> Es wurde angenommen, daß die Studentenzahlen sich folgendermaßen erhöhen:

- TH Darmstadt um 10% vom Wintersemester 1970/71 an
- Uni Gießen um 13% vom Wintersemester 1970/71 an
- Uni Frankfurt um 15% vom Wintersemester 1969/70 an



# Ein Anfang ist gemacht

## Abschiedswort der Übergangsrektoren

Die Zeit der Staatskommissare an der Johann Wolfgang Goethe-Universität geht zu Ende. Ihr Auftrag lautete: Aufbau einer neuen, aktionsfähigen Selbstverwaltung mit ganz neuen oder neu strukturierten Organen; Umbau der jahrhundertalten, traditionsbeladenen Fakultätenverfassung zu einer modernen, wissenschaftssystematischen und ausbildungspraktischen Konzepten genügenden Fachbereichsgliederung; Einleitung einer einschneidenden beamten- und kooperationsrechtlichen Personalstrukturreform im akademischen Bereich gegen falsches Hierarchiebewußtsein einerseits, Ressentimentverhalten andererseits; Überwindung des Dualismus von akademischer und kuratorialer Verwaltung im zentralen Bereich; Aufbau eines ebenso effizienten wie von der Beteiligung der Betroffenen her legitimierten, möglichst rational verfahrenen Systems langfristiger Planung. Wer etwas die Verwaltung und ihre chronischen Personalsorgen kennt, wer die Macht der Gewohnheit, zumal in der Universität, bei der älteren und die Neigung zu Alles-oder-nichts-Alternativen bei der jüngeren Generation in Betracht zieht, wer schließlich die konkreten Frankfurter Arbeits- und Studienbedingungen, die Seminarraum-, Labor- und Mensaverhältnisse ins Auge faßt und sodann die Zahlen des Haushaltsplanes, der kann angesichts der Kluft zwischen Ideal und Wirklichkeit nur kopfschüttelnd feststellen: ein bißchen viel auf einmal! Dabei läßt sich die Problemsituation, die wir bei Amtsantritt im Mai vorigen Jahres antrafen und die trotz angegebener Veränderungen im Prinzip auch heute noch besteht und auch in absehbarer Zukunft noch fortbestehen wird, in der Sprache des Verwaltungsmannes und des Managers nur höchst unvollständig beschreiben: steht doch der ganze Aufgabenkatalog hinsichtlich Prioritätenbestimmung und Realisierung unter hochschul- und gesamtpolitischen

Rahmenbedingungen, auf die man als Rektor administrativ kaum und politisch noch weniger Einfluß nehmen kann. Dazu — in durchaus subjektiver Akzentuierung — noch ein paar Stichworte: Der Geltungsbeginn des neuen hessischen Hochschulrechts, von dem man sich mindestens Befriedung, günstigstenfalls eine tragfähige Reformchance erhoffen durfte, fiel, bildlich gesagt, in ein Tiefdruckloch. Die Konflikte der Vorjahre hatten zwar die alte sogenannte Ordinarienuniversität unwiderruflich beseitigt oder doch jedenfalls nur noch ihre leere tote Hülse stehenlassen; auf der anderen Seite hatte aber auch die Studentenbewegung ihre besten Impulse verbraucht, sie zerfaserte in kurzfristig-kurzlebigen Aktionismus, oder sie zog sich in theoretische Arbeit kleiner Gruppen am Rande des offiziellen Programmes zurück. In dieser Situation mit institutionalisierten Reformen beginnen zu wollen, auf der Basis eines Gesetzes, das in Hessen von mehreren hundert Hochschullehrern mit Verfassungsbeschwerden bekämpft wird, das hieß das Risiko permanenten Klein- und Großboykotts von mehreren Seiten eingehen, von seiten resignierter, in ihren Befürchtungen sich bestätigt glaubender Professoren wie von seiten resignierter, sich um ihre Hoffnungen betrogen fühlender Studenten und Assistenten.

Es gereicht dieser Universität und allen ihren in Selbstverwaltung, in Forschung und Lehre verantwortlich handelnden Mitgliedern zur Ehre und zum Vorteil, daß sie jener Gefahr tödlicher Resignation und allmählicher Selbstauflösung nicht erlegen ist, sondern daß sie sich auf den langen und mühseligen Prozeß der Reform in und durch institutionalisierten Konflikt, in und durch konflikttragende und -austragende Institutionen eingelassen hat. Die Johann Wolfgang Goethe-Universität hat heute einen arbeitsfähigen Konvent. Ihn hervorzubringen, war

ihr unter dem alten Gesetz von 1966 nicht gelungen. Sie hat heute einen gewählten Präsidenten, und sie hat eine starke, überwiegend studentische Opposition, die nicht nur gut organisiert ist, sondern die bei aller Härte des Widerstandes gegen restaurative Tendenzen zu konstruktiver Kooperation auf Reformkurs bereit ist. Das hat sie in den beiden letzten Semestern bewiesen. Der Senat und zahlreiche Gruppen haben in vielen mühsamen, auch hart kontrollierten Diskussionen die Voraussetzungen für die Fachbereichsgliederung geschaffen. Jetzt ist der Konvent zusammen mit dem Präsidenten an der Reihe, die Ausschußverwaltung auf neue Grundlagen zu stellen. Sicherlich wird die Universität noch ein bis zwei Semester sehr intensiv mit sich selbst, d. h. mit ihrer Organisation beschäftigt sein, bevor sich das Leben in den neuen Formen eingespielt hat. Es ist aber keine illusionäre Schönfärberei, wenn ich feststelle, daß ein Fundament gelegt ist, auf dem weitergebaut werden kann. Allen, die dazu beigetragen haben, gilt unser Dank.

Es ist zugleich meine Hoffnung, daß diese Universität, die nicht nur durch ihre quantitativen Verhältnisse und die damit verknüpften Strukturprobleme (negativ?), sondern auch durch ihre feinhörige Kritikfähigkeit und weithin auch durch tolerante Liberalität und damit freilich verbundene Konflikthanfälligkeit positiv ausgezeichnet war — es ist meine Hoffnung, daß diese Universität nicht in selbstsüchtige Krähwinkelei verfällt, sondern die Kraft findet, in der mit dem Kampf um das Hochschulrahmengesetz und damit um Grundpositionen künftiger Bildungs- und Wissenschaftspolitik stattfindenden Auseinandersetzung sich vieltimmig, aber deutlich, sich kritisch, aber wirklichkeits- und zukunftsbezogen zu Gehör zu bringen.

Frankfurt am Main, im Februar 1971

Erhard Denninger  
Rudolf Wiethölter



# NACHRICHTEN

## Uni-Gesetz wird nicht vorzeitig novelliert

Die SPD-Fraktion des Hessischen Landtags sieht derzeit „keinen aktuellen Anlaß“, eine Änderung oder vorzeitige Novellierung des hessischen Universitätsgesetzes herbeizuführen. Der Vorsitzende der Fraktion, Herbert Reitz, erinnerte am 8. Januar in Wiesbaden an die im Koalitionspapier zwischen SPD und FDP „klar verkanteten Vereinbarungen“, das hessische Universitätsgesetz dem Hochschulrahmengesetz des Bundes „nach dessen voraussichtlicher Verabschiedung im Herbst 1971 anzupassen und entsprechend zu novellieren“. Reitz erklärte, es sei unbedingt notwendig, das Bundesrahmengesetz abzuwarten, da erst dann eindeutig und zuverlässig geklärt werden könne, inwieweit und ob überhaupt Hessen sein Universitätsgesetz der Bundesregierung anpassen und entsprechend abändern müsse.

Dieser Klarstellung des SPD-Fraktionschefs war eine Warnung des kulturpolitischen Ausschusses der südhessischen SPD vorangegangen. Dieser hatte Ende Dezember erklärt, dem Universitätsgesetz müsse unbedingt

Zeit zur Erprobung und Bewährung zugestanden werden. Jede voreilige Forderung nach einer Novellierung des Gesetzes, wie sie der FDP-Fraktionsvorsitzende im Landtag, Hermann Stein, während der Debatte über die Regierungserklärung erhoben habe, müsse zurückgewiesen werden. Stein hatte bereits für die Zeit vor der Anpassung an das Hochschulrahmengesetz des Bundes „Regelungen“ gefordert, „die die Funktionsfähigkeit unserer Hochschulen garantieren und von allen Gruppen der Hochschule akzeptiert werden können“.

Nach dieser Stellungnahme der südhessischen SPD hatte der kulturpolitische Sprecher der CDU in Hessen, Dr. Christian Schwarz-Schilling, bereits eine Kontroverse zwischen den Koalitionspartner SPD und FDP in der Frage der Novellierung des Universitätsgesetzes vorausgesagt. Vor allem die Haltung des linken Parteiflügels der südhessischen SPD werde die Koalitionsregierung einer „ernsten Belastungsprobe“ aussetzen.

## CDU/CSU legt Hochschulrahmengesetzentwurf vor

Eine Woche vor der ersten parlamentarischen Behandlung des Regierungsentwurfs für das geplante Hochschulrahmengesetz des Bundes am 29. Januar im Bundesrat legte die CDU/CSU einen eigenen Entwurf vor. Der bildungspolitische Sprecher der Opposition im Bundestag, Dr. Berthold Martin, sagte nach der Verabschiedung des Entwurfs in seiner Fraktion, da die Lage an den Hochschulen nach wie vor kritisch sei und die Situation durch den Regierungsentwurf „nicht nachhaltig gebessert werden kann“, werde die CDU/CSU einen eigenen Entwurf im Bundestag einbringen. Als Ziel des CDU/CSU-Entwurfs nannte Martin unter anderem,

— die Freiheit von Forschung und Lehre sowie die Freiheit des Lehrers wiederherzustellen und formell zu sichern;

— die Hochschule in Forschung, Lehre und Studium durch die Reform des Lehrkörpers und des Studiums wieder funktionsfähig zu machen;

— die gemeinsame Verantwortung von Hochschule und Staat für die Funktionsfähigkeit der Hochschule, insbesondere auch für eine sachgerechte wissenschaftliche Ausbildung sichtbar zu machen.

Damit sollen — so Martin — Versuche ausgeschlossen werden, die Hochschulen „im Sinn einer gesell-

schaftlichen Revolutionierung umzufunktionieren“.

Während sich der Regierungsentwurf bereits eindeutig auf die integrierte Gesamthochschule ausrichtet, plädiert die CDU/CSU zunächst nur für die kooperative Gesamthochschule. Die integrierte Form sollte erst einmal in Versuchsmodellen erprobt werden. Die Gliederung des Lehrkörpers in Professoren und Assistenzprofessoren wird beibehalten. Während im Leusink-Entwurf nur von der Rechtsaufsicht der Länder über die Hochschulen gesprochen wird, sieht die Opposition auch eine „weitgehende Fachaufsicht“ des Staates vor. (dpa)

## Förderung der Hochschuldidaktik

Der Senat der DFG hat beschlossen, eine Kommission für Hochschuldidaktik einzusetzen und zugleich konkrete hochschuldidaktische Projekte zu unterstützen. Durch eine Reihe von Kolloquien soll die Koordinierung der verschiedenen Initiativen auf dem Gebiet der Hochschuldidaktik erreicht werden. Damit will die DFG die Hochschuldidaktik als Wissenschaft mit eigenständiger Fragestellung und Methodenentwicklung konsolidieren und vorantreiben.

## Gegen Einschränkung des Ausländerstudiums

Trotz der Zulassungsbeschränkungen in zahlreichen Fächern an den Universitäten der Bundesrepublik und Westberlins soll das Studium von Ausländern in Deutschland nicht eingeschränkt werden. Darin sind sich die Bundesregierung, die Länder und die Hochschulen einig. Auf einer Jahrestagung der akademischen Auslandsämter sowie der Senatsbeauftragten für internationale Hochschulbeziehungen der bundesdeutschen Universitäten in Bonn am 10. und 11. Dezember erklärten Vertreter von Bund und Ländern sowie der Präsident des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), Prof. Dr. Kielwein, ferner, daß an allen Universitäten die akademischen Auslandsämter personell und finanziell in die Lage versetzt werden müßten, die ihnen übertragenen Aufgaben sachgerecht erfüllen zu können. Die strukturellen Veränderungen im Aufbau der Universitäten dürften nicht dazu führen, die akademischen Auslandsämter in reine Verwaltungsstellen ohne Sachkenntnis und ohne qualifizierten Mitarbeiterstamm zu verwandeln. DAAD-Präsident Kielwein forderte ferner, für alle ausländischen Studenten in allen Bundesländern die Gebührenfreiheit einzuführen und sie damit ihren deutschen Kommilitonen gleichzustellen. Außerdem sollten bei der Belegung von Wohnheimen ausländische Studenten, insbesondere aus dem afrikanischen Raum, ausreichend berücksichtigt werden.

## Moersch: Uni Bremen ein Witz

Die Gründung der Universität Bremen bezeichnete der parlamentarische Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl Moersch, als „einen einzigen Witz“. Moersch äußerte sich auf einer Informationstagung der Pressereferenten der deutschen Hochschulen in Bonn zum Thema Privatuniversität und Hochschulreform und kritisierte dabei die jüngste Entwicklung an den deutschen Universitäten. In „Anbetracht der derzeitigen Kultusminister“ sei die Gründung von Privatuniversitäten zu empfehlen und zu fördern. Mit diesen Privatuniversitäten müßten nicht notwendigerweise auch private Interessen verfolgt werden. Er kenne viele Leute, die bereit seien, Geld ohne Bedingungen zu spenden, „vielleicht, weil sie vergessen wollen, daß sie es unmoralisch verdient haben.“



# Etikettenschwindel?

Ein privater Verein Frankfurter Architekten, der sich „Städtebaubeirat“ nennt, hat gefordert, einen Wettbewerb für die Planung des Universitätsausbaus in Niederursel auszusprechen, weil sonst die Universitätsplanung ins „Desaster“ gerate. Dazu erklärte am 29. Januar der Rektor der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Professor Denninger:

„Der sachliche Gehalt der vom Städtebaubeirat erhobenen Vorwürfe läßt vermuten, daß hier, als Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung getarnt, massive Interessenpolitik betrieben wird. Es ist verständlich, daß die privaten Architekten an einem so umfangreichen Projekt beteiligt werden wollen. Andererseits steht jedoch fest, daß eine Ausschreibung bei der gegebenen und abzusehenden Finanzlage nichts anderes bewirken kann als eine nicht hinzunehmende Verzögerung des Universitätsausbaus, durch die die akuten Notstände nur noch vermehrt würden. Im einzelnen ist festzustellen:

1. Das seit Jahren in aller Öffentlichkeit diskutierte Ausbauplanung beinhaltet eine enge Verbindung zwischen der Universität und den angrenzenden Wohngebieten (universitätsbezogenes Wohnen, öffentliche Einrichtungen, Gesamtschule, U-Bahn-Haltestelle unter dem Forum). Eine Campus-Universität wird einhellig abgelehnt. Bei der Umstrukturierung von Alt-Niederursel wird der Gesichtspunkt der Verflechtung mit der Universität zur Geltung gebracht. Im übrigen hat die Wahl des Standorts mit Beteiligung und Zustimmung der zuständigen parlamentarischen Gremien

nach langer, öffentlicher Diskussion stattgefunden.

2. Die Forderung nach einem detaillierten Ausbauplanung ist naiv und spekuliert auf die Unkenntnis der Zeitungsleser. Jede Universitätsplanung, auch die freier Architekten, muß davon ausgehen, daß jetzt schon, und mehr noch in den nächsten Jahren, grundlegende Veränderungen der traditionellen Formen der Lehre, der Forschungsorganisation, der allgemeinen Hochschulorganisation stattfinden werden, die heute noch nicht absehbar sind. Alle Planungen müssen für diese neuen Entwicklungen offen sein. Das Frankfurter Programm gewährleistet diese Offenheit, auch und gerade für die Entwicklung und bauliche Einfügung fachübergreifender Disziplinen. Es ermöglicht, die Planung als einen an Alternativen reichen Entscheidungsprozess zu organisieren, der optimal korrigierbar ist. Diese Grundsatzplanung ist abgeschlossen. Sie ermöglicht einen schnellen, akuten Notstände beseitigenden Baubeginn, ohne zukünftige qualitative Änderungen auszuschließen. Es ist einfach nicht zu sehen, was ein Wettbewerb darüber hinaus an Neuem einbringen könnte.

3. Diesem Grundkonzept ist auch die technische Planung angepaßt. Ohne hier auf Einzelheiten einzugehen, muß hier doch der Verwunderung darüber Ausdruck gegeben werden, daß die Frankfurter Architekten behaupten, die geplante Feldfabrik werde nicht kontinuierlich arbeiten können. Das Gegenteil ist der Fall. Die kostensparende Vorfabrikation von Bauteilen durch eine Feldfabrik wird vielmehr während der gesamten Bauzeit aufrechterhalten werden.“

## Regierung prüft Haltung des VDS

Die Bundesregierung will die Haltung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) neu überprüfen. Vom Ergebnis dieser Prüfung wird es abhängen, ob der VDS wieder finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhält. Mit dieser Feststellung hat das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in der Fragestunde des Bundestages ein neues Gespräch zwischen Regierung und VDS angekündigt, um das der Studentenverband um die Jahreswende nachgesucht hatte. Wie verlautete, soll dieses Gespräch voraussichtlich Anfang Februar stattfinden. (dpa)

## Hennis zur CDU

Der Freiburger Politikwissenschaftler Prof. Dr. Wilhelm Hennis (Bund Freiheit der Wissenschaft), Mitbegründer des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes und langjähriger Mitarbeiter und Mitglied der SPD, ist zur CDU übergetreten.

## Neue Anmeldetermine

Auf Grund der Errichtung der Zentralen Registrierstelle (ZRS) in Hamburg haben die Sekretariate der Hessischen Hochschulen einheitliche Termine für die Anmeldung zum Studium festgelegt. Anmeldeschluß für ein Sommersemester ist der 31. Januar, Anmeldeschluß für ein Wintersemester der 31. Juli. Studienanfänger in den Fächern: Medizin, Zahnmedizin, Psychologie und Pharmazie melden sich bei der ZRS in Hamburg. Alle übrigen Fachgebiete bzw. Fakultäten und Nichtstudienanfänger der oben genannten Fachgebiete melden sich bei der Universität.

## Berufungssituation an FU leicht gebessert

Eine leichte Besserung bei den Berufungsverhandlungen an der Freien Universität Berlin hat sich im letzten Jahr abgezeichnet. Nach einer am 12. Januar veröffentlichten Statistik haben 63 Prozent der im Jahr 1970 geführten 35 Berufungsverhandlungen zu einem positiven Ergebnis geführt. 1969 hatten nur 58 Prozent von insgesamt 42 Berufungen erfolgreich abgeschlossen werden können. Bei den Bleibebehandlungen hat sich prozentual 1970 keine Verschlechterung ergeben. Ebenso wie 1969 endeten auch im vergangenen Jahr 41 Prozent der Bleibebehandlungen mit einem positiven Resultat. Insgesamt gibt es an der FU gegenwärtig 254 ordentliche Professuren, von denen am 1. Oktober letzten Jahres 41 (16 Prozent) nicht besetzt waren.

## Lektoren für Europa und Übersee

Durch Vermittlung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes sind im Laufe des Jahres 1971 etwa 40 freiwerdende Lektorate der deutschen Sprache an Universitäten in Europa und Übersee neu zu besetzen, da die bisherigen Stelleninhaber in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehren.

Gesucht werden Kandidaten insbesondere für eine Tätigkeit in Frankreich, Großbritannien und Finnland, in Übersee werden Lektoraten an den Universitäten Benares und Kalkutta/Indien, Bandung und Djakarta/Indonesien, Fukuoka/Japan, Seoul/Korea, Dacca/Pakistan, Santiago de Chile/Chile, Guadalajara/Mexico frei.

Bewerbungen erbittet der Deutsche Akademische Austauschdienst an die Abteilung Lektorenvermittlung im DAAD, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Kennedyallee 50.

### uni-report

im Universitätsverlag Frankfurt/M.

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Redaktion: Wolfgang Streeck (i. A. der Senatskommission für Pressewesen)

Erscheinungsweise: Unregelmäßig während der Semestermonate, mindestens jedoch dreimal im Semester

Auflage: 13 000 Exemplare

Redaktionsanschrift: Universität Frankfurt, 6 Frankfurt am Main, Mertonstraße 17, Telefon 798 / 25 31 und 798 / 24 72

Telex: 0413932

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH

Gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar.



# „Entscheidung unter Unsicherheit“

## Prinzipien der Belegung des AfE-Turms

Der Strukturausschuß hat in seiner Sitzung am 29. Januar endgültig über die Belegung des AfE-Turms entschieden. Damit ist der Weg frei für die schnellstmögliche Einleitung der Innenausbaumaßnahmen. Aus redaktionellen Gründen können wir eine detaillierte Darstellung des Belegplans — mit Skizze und Quadratmeterzahlen — erst

in der nächsten Ausgabe des UNI-REPORTS veröffentlichen. Statt dessen geben wir die folgenden Auszüge eines von der Planungsgruppe der Universität erstellten Papiers wieder, in dem einige Grundlinien der Diskussion in Planungsgruppe und Strukturausschuß noch einmal zusammenfassend skizziert werden.

Andererseits wissen alle Ausschußmitglieder sehr wohl, daß die für eine solche Entscheidung notwendigen Informationen nicht zur Verfügung stehen. Diese Daten betreffen die Jahre 1973 ff. Weder sind gegenwärtig die Grenzen der zukünftigen Fachbereiche bekannt noch deren Binnenstruktur. Die zu erwartenden Studentenzahlen (und deren Verteilung auf unbekanntes Fächergruppen) sind ebenso unsicher wie die didaktischen Prinzipien der Zukunft und deren Transformation in Curricula. Höchst wahrscheinlich ist lediglich, daß eine wie auch immer geartete sozialwissenschaftliche Grundausbildung von „Lehrerstudenten“ zum großen Teil von jener Lehr- und Forschungseinheit zu tragen sein wird, deren Ansiedlung im Turm bisher zur Debatte stand. Die „Integration“ der Lehrerausbildung ist zwar beschlossen, die Konsequenzen in concreto sind — jeder weiß es — unbekannt.

Schlechte Entscheidungen unter Unsicherheit sind zumindest im vorliegenden Fall, wo es um die Inbetriebnahme eines 50-Millionen-Baus geht, besser als gar keine Entscheidung. Die Planungsgruppe unterbreitet für die ebenso „notwendige“ wie „schlechte“ Entscheidung einen Lösungsvorschlag. Die Plausibilität dieses Vorschlags leitet sich her aus dem Ergebnis aller bisherigen Arbeiten zum „Turm-Syndrom“. Insoweit liegt die Verantwort-

tung für ersteren bei jenen, die für letzteres Beiträge geleistet (bzw. nicht geleistet) haben, und nicht bei der Planungsgruppe.

Am 17. 7. 1970 hat der Ausschuß beschlossen, daß der Turm von Teilen der Fachbereiche Pädagogik, Psychologie sowie Sozialwissenschaften belegt wird. Am 13. 11. 1970 erhielt die Planungsgruppe den Auftrag, die für den Turm relevanten Bedarfsanmeldungen noch einmal vollständig zu überprüfen und zu überarbeiten und alternative Dispositionsprogramme vorzulegen.

Der letzte Beschluß wurde in einer Situation gefaßt, wo die folgenden Intentionen vorherrschten:

- mit Bezug des Gebäudes soll der „Entlastungsdruck“ verringert werden
- demzufolge: Verkleinerung und strikte Standardisierung der Raumtypen im Südteil
- Zuwachsreservate sind zu streichen (Expansion in NU)
- komplette Fachbereiche (einschl. Verwaltung) wären gut.

Am 20. 11. 1970 stimmte der Ausschuß dem Vorschlag des Bauamtes zu, die Arbeitsräume auf der Südseite des Turms in sieben zweiachsige (15 m<sup>2</sup>) je Geschloß aufzuteilen und für die Nordseite eine bestimmte Relation von 43-m<sup>2</sup>-, 54-m<sup>2</sup>- und 97-m<sup>2</sup>-Räumen vorzusehen.

Wir haben bei unserer Arbeit die Restriktion, die sich aus diesem Beschluß ergab, namentlich bei der Aufteilung des Südteils des Gebäudes (Personalräume) beachtet und im übrigen die uns vorliegenden Raumprogramme nach folgenden Prinzipien überarbeitet:

- im „Schreibtischbereich“ werden für jeden Arbeitsplatz grundsätzlich nur 15 m<sup>2</sup> vorgesehen
- Hochschullehrer („H 4“) erhalten 23 m<sup>2</sup> unter dem Gesichtspunkt von Publikumsverkehr und Mitarbeiterbesprechungen (die Zuteilung der 23er Räume kann im übrigen von den Instituten und Seminaren je nach Bedarf anders gestaltet werden)
- Mehrfachnutzung von Räumen in jenen Fällen, wo „Mitarbeiter“ den Raum mutmaßlich nicht ganztägig und ständig in Anspruch nehmen (Lehrbeauftragte, Tutoren, päd. Mitarbeiter etc.) oder wo die Belegung eines 23-m<sup>2</sup>-Raumes mit 2 Sekretärinnen oder Schreibkräften möglich erscheint
- Personalreserveräume werden nicht zugestanden, jedoch sollen alle Anfang 1973 voraussichtlich vorhandenen Stelleninhaber untergebracht werden.

Wir haben zusätzlich in die Überlegungen einbezogen, daß die Fachbereiche bzw. deren Organe einen nicht unerheblichen Raumbedarf haben werden. Nach unseren ersten groben Schätzungen erscheint es uns geboten, den beiden Fachbereichen Soziologie und Politik sowie Pädagogik im Südteil je ein Stockwerk (174 m<sup>2</sup>) zuzuweisen und im Nordteil einen gemeinsam zu nutzenden Raum für die Fachbereichskonferenzen (97 m<sup>2</sup>). Die restliche Fläche im Südteil sollte nach Möglichkeit den übrigen Raumbedarf der Institute und Seminare dieser Fachbereiche unter Berücksichtigung der genannten Kriterien vollständig decken. Dieses Ergebnis läßt sich nach unseren Rechnungen durchaus realisieren, ohne daß die Beschränkungen verletzt werden müssen. Es können also die Hochschullehrer und ihre „Mitarbeiter“ des voraussichtlichen Fachbereichs „Soziologie und Politik“ vollständig und das Personal des mut-



maßlichen Fachbereichs „Pädagogik“ mit Ausnahme der „Wirtschaftspädagogik“ und der „Leibeserziehung“ untergebracht werden. . .

Es muß nachdrücklich betont werden, daß ein solches Maximalprogramm für die Südseite nur durchgeführt werden kann, wenn die bisher geforderten traditionellen Zuordnungen von Bibliotheks-, Seminar- und Übungsräumen auf der Nordseite an einzelne Institute und Seminare aufgegeben werden. Die Räume auf der Nordseite des Turms müßten prinzipiell als Pool für die Bedürfnisse aller Seminare und Institute behandelt werden. Ebenso erscheint es u. U. notwendig, daß innerhalb der beiden Fachbereiche größere Bibliothekseinheiten gebildet werden, wobei man

etwa eine Verdoppelung des derzeitigen gesamten Bücherbestands (ca. 90 000 Bände) einplanen könnte. Im übrigen gewährleistet allein eine Poolung, daß alle Räume auch tatsächlich ganztagig genutzt werden.

Entschließt man sich, allen Instituten und Seminaren eigene Bibliotheken — vor allem unter dem Gesichtspunkt der Schaffung von Studenten-Arbeitsplätzen — zu belassen, so reduziert sich die im 5.—37. Stockwerk für Seminar- und Gruppenräume zur Verfügung stehende Gesamtfläche von ca. 4200 m<sup>2</sup>, wenn man auch einige „Sonderräume“ als Direktbindung behandelt, auf ca. 2300 m<sup>2</sup>. Überschlagsrechnungen, die wir in der Sitzung vortragen werden, haben ergeben, daß diese Fläche zur Ausbildung von etwa

5000 Studenten ausreicht, wenn alle Räume täglich 8 Stunden genutzt werden. Beanspruchen die Bibliotheken insgesamt nur etwa 500 m<sup>2</sup> (2 Stockwerke und ausreichend für ca. 180 000 Bände), so erhöhen sich die Studentenzahlen entsprechend. Der Forderung, hier verfeinerte Rechnungen anzusetzen, muß schon jetzt entgegengehalten werden, daß alle Feinrechnungen so lange praktisch sinnlos sind, wie die Binnenstrukturen der Fachbereiche und insbesondere die künftigen Curricula der Lehrerausbildung im dunklen liegen. Optimale Gruppengrößen und Betreuungsverhältnisse für die 80er Jahre können (leider) keine Planungsdaten sein, zumal Studentenzahlen und Stellenzuwachs unbekannt sind (s. o.).

# Der Hochbau liegt flach

## Prioritäten und Realitäten

Der letzte Uni-report informierte über die Bauplanung der Universität für die Jahre 1971/72. Nach der Prioritätenliste des Senatsausschusses für Struktur- und Planungsfragen hatte die Universität für den nächsten Doppelhaushalt des Landes insgesamt einen Bedarf in Höhe von rd. 220 Mio DM angemeldet (97 Mio DM für 1971, 124 Mio DM für 1972).

Die Prioritätenliste stellt aus der Sicht der Universität zwar einen Minimalbedarf dar, jedoch mußte von Anfang an mit Kürzungen gerechnet werden. Der voraussichtliche Umfang der Kürzungen ist nunmehr bekannt. Die Prioritäten kollidierten mit den Realitäten. Letztere sind: zu erwartende sinkende Steuereinnahmen des Landes, erhöhte Leistungen im vertikalen Finanzausgleich. Der 8-Mrd.-Etat des Landes Hessen kann nur über den Kapitalmarkt ausgeglichen werden; sehr wahrscheinlich wird es jedoch ein Defizit geben.

Der letzte Stand der Haushaltsberatungen sieht für Hochbaumaßnahmen des Landes Hessen eine Gesamtinvestitionssumme von 385 Mio DM vor. Die hessischen Hochschulen (einschließlich Gesamthochschule Kassel mit 10 Mio DM) erhalten davon 310 Mio DM. Auf die Universität Frankfurt entfallen mit rd. 170 Mio DM etwa 55% dieser Mittel. Voraussichtlich wird der Bauetat der Universität 1971 etwa 87,1 Mio DM und 1972 rd. 81,9 Mio DM umfassen. Damit fehlen gegenüber den Anmeldungen 53 Mio DM.

Die nachstehende Tabelle zeigt, wie dieser Mangel bei den vorliegenden Bedingungen bewirtschaftet wurde. Alle „laufenden Maßnahmen“ — Ein-

richtung von Bauten und Erstausrüstung mit Mobiliar und Gerät — im Kernbereich, im Klinikum und auf dem Erweiterungsgelände in Niederursel werden im wesentlichen weitergeführt. Weder die Universität noch das Land Hessen können sich „Konjunkturruinen“ leisten. Angesichts der Haushaltslage mußte indes in erheblichem Umfang auf den Beginn dringend erforderlicher „neuer Maßnahmen“ verzichtet werden.

Für den Ausbau des Kernbereiches stehen etwa 25% weniger Mittel zur Verfügung als erforderlich wären. Zwar konnte der Baubeginn der zweiten Mensa und der projektierten Sozial- und Gruppenräume (Universitätsforum) für das Jahr 1972 — mit Abstrichen in Höhe von 3,5 Mio DM allerdings — durchgesetzt werden, jedoch fiel damit u. a. der Baubeginn für die zweite Baustufe des AfE-Mehrzweckgebäudes an der Senckenberganlage („Flachbau“) im Jahre 1972. Die Erweiterung der Kernphysik (Elektronikpraktikum) mußte ebenso zurückgestellt werden wie der erforderliche Entlastungsbau für das Taunusobservatorium.

Die Durchsetzung des Baubeginns für das Universitätsforum ging vor allem zu Lasten der Universitätsklinken. Hier liegt seit langem schon ein besonders umfangreicher Sanierungsbedarf vor. Der angemeldete Bedarf wird voraussichtlich nur zu einem Viertel befriedigt werden können. Damit können u. a. die Medizinermensa, ein Personalwohnheim und diverse dringliche Um- und Entlastungsbauten nicht eingerichtet werden (z. B. im Bereich der Nervenklinik).

Für die Erweiterung der Universi-

tät auf dem Niederurseler Hang waren 22 Mio DM angemeldet worden. Die projektierten Mittel für „neue Maßnahmen“ mußten hier mit Ausnahme der „Einschließungskosten“ in Höhe von 4 Mio DM vollständig gestrichen werden. Die „laufenden Maßnahmen“ (1. Baustufe für die Chemischen Institute) werden allerdings verstärkt (plus 4 Mio DM) durchgeführt. Indes verzögert sich die Einrichtung einer Technischen Zentrale für das gesamte Ausbaugelände, des weiteren der Baubeginn für die zweite Baustufe der Chemischen Institute sowie der Bau des Biologicum II in Niederursel.

Die angeforderten Planungsgelder für die Neubaumaßnahmen in allen drei Bereichen sollen nach den Vorstellungen der Landesregierung außerhalb des Hochbauetats in der Größenordnung von etwa 1 Mio DM zur Verfügung gestellt werden, jedoch wird in den Ministerien selbst damit gerechnet, daß die Steigerungsraten im Bauetat in den nächsten Jahren stagnieren bzw. rückläufig sein werden. Dort hofft man allerdings auf Steuererhöhungen und die eventuelle Aussicht, daran überproportional zu profitieren.

Die Lage sollte nicht nur berichtet werden, sie bedarf einer politischen Interpretation. Die chronische Unterversorgung des Bildungssektors ist kein Datum. Eine polit-ökonomische Analyse der Frankfurter Situation hat sich vor allem gegen jene zu richten, die als Apologeten des „Sachzwanges“ mit den ökonomisch-politischen Rahmenbedingungen unserer Gesellschaft ganz gut zurecht kommen. Die „links-liberale“ Universitätsspitze hat hier auch über 1972 hinaus ihr genuines Praxisfeld.



# Bedarfsanmeldungen und tatsächliche Haushaltsansätze für Baumaßnahmen der Uni Frankfurt

	Vorgesehener Bedarf für „Bau“ und „Geräte“ in 1000 DM			Voraussichtliche Ansätze für „Bau“ und „Geräte“ in 1000 DM			Differenzen
	1971	1972	1971/72	1971	1972	1971/72	(6) — (3)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)

## I. Laufende Maßnahmen

1. Kerngebiet	29 957	21 300	<b>51 257</b>	27 176	20 903	<b>48 079</b>	— 3 178
2. Kliniken	50 708	34 783	<b>85 491</b>	46 803	38 223	<b>85 026</b>	— 465
3. Niederursel	5 000	7 000	<b>12 000</b>	9 000	7 000	<b>16 000</b>	+ 4 000
<b>Summe I</b>	<b>85 665</b>	<b>63 083</b>	<b>148 748</b>	<b>82 979</b>	<b>66 126</b>	<b>149 105</b>	+ 357

## II. Neue Maßnahmen

1. Kerngebiet	4 000	14 923	<b>18 923</b>	1 750	5 308	<b>7 058</b>	— 11 865
2. Kliniken	3 300	28 400	<b>31 700</b>	500	8 000	<b>8 500</b>	— 23 200
3. Niederursel	4 100	17 900	<b>22 000</b>	2 000	2 000	<b>4 000</b>	— 18 000
<b>Summe II</b>	<b>11 400</b>	<b>61 223</b>	<b>72 623</b>	<b>4 250</b>	<b>15 308</b>	<b>19 558</b>	— 53 065

<b>Summe I + II</b>	<b>97 065</b>	<b>124 306</b>	<b>221 371</b>	<b>87 229</b>	<b>81 434</b>	<b>168 663</b>	— 52 708
(+ Mittel für Grunderwerb)				400	500		
Bauetat der Universität . . . . .				87 629	81 934	169 563	Fehlbedarf

## Letzte Meldung: Prof. Preiser Vizepräsident

In seiner Sitzung am 8. Februar wählte der Konvent den Vizepräsidenten.

Einziger Kandidat war Prof. Gert Preiser. Im 1. Wahlgang erhielt Preiser bei 81 abgegebenen Stimmen 44 »Ja«-Stimmen, 28 Konventsmitglieder stimmten mit »Nein«, 8 enthielten sich der Stimme, und 1 Stimme war ungültig. Damit hatte Preiser die erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen (42) um 2 übertroffen.

Prof. Preiser wurde 1928 in Frankfurt am Main geboren.

Er studierte Geschichte und klassische Philologie in Frankfurt und Heidelberg. Von 1962 bis 1966 war er Studienrat im Hochschuldienst an der Universität Hamburg. Seit 1966 ist er an der Universität Frankfurt. 1969 erfolgte die Habilitation und 1971 die Ernennung zum Professor.

Preiser war Vorsitzender des Rats der Nichtordinarien und ist z. Z. Mitglied des Sprechergremiums der Hochschul-Lehrerversammlung, des Senats und des Strukturausschusses. Er ist Mitglied des Konvents.